

1 BUVO-Sitzung, 06.04.03

2 **Wofür steht die KPÖ?**

3 **Beschlußantrag des Bundesvorstandes an den 32. Parteitag**

4 Die politische Positionsbestimmung der KPÖ geht von jenen beiden
5 einschneidenden Entwicklungen aus, die auf längere Sicht maßgebenden
6 Einfluss auf die Lage der Menschen nehmen werden:

- 7 • Der neoliberal geprägte Vorstoß in Richtung schwerwiegender
8 Sozialabbaumaßnahmen, die massiven Verschlechterungen in den
9 Arbeitsbedingungen und -verhältnissen und umfassende
10 Privatisierungen im Bereich der Versorgung der Bevölkerung mit
11 wichtigen sozialen Dienstleistungen und Gütern.
- 12 • Der Krieg gegen den Irak und seine Folgen.

13 Die KPÖ sieht dabei einen engen Zusammenhang zwischen zwei Tendenzen:
14 Das kapitalistische System versucht sich der letzten aller Fesseln bei der
15 Erzielung höchstmöglicher Profite zu entledigen. Gleichzeitig setzt es
16 Maßnahmen, seine imperialistische Herrschaft im Rahmen einer neuen
17 Weltordnung zu sichern und zu festigen.

18 Dabei treten Widersprüche nicht nur zwischen den sozialen Klassen der
19 Gesellschaft in verschärfter Form zu Tage - auch der
20 Geschlechterwiderspruch wird über die besondere Diskriminierung der Frauen
21 verschärft. Und auch zwischen den schwächer entwickelten Ländern und
22 den imperialistischen Mächten sowie zwischen diesen treten immer
23 dramatischere Differenzen auf. Die Konkurrenz in der Jagd nach Profiten und
24 die brutaler werdende Durchsetzung von Machtinteressen stürzen die Welt in
25 immer schwerere Krisen und Konflikte wirtschaftlicher, politischer und
26 militärischer Natur. Genaugenommen steht die Frage im Raum, ob wir am
27 Rande einer Weltwirtschaftskrise mit allen damit verbundenen Konsequenzen
28 stehen.

29 Kommunistinnen und Kommunisten können sich nicht mit dieser
30 kapitalistischen Realität abfinden - sie stellen im Sinne einer humanen
31 Gesellschaftsperspektive die Systemfrage und richten ihren Kampf nicht nur
32 gegen die unmenschlichen Auswirkungen und Verwerfungen, sondern gegen
33 das System selbst.

34 **1. Imperialistische Kriege**

35 Vor unseren Augen spielt sich das erschreckende Szenario eines Krieges ab,
36 dessen Konsequenzen in ihren vollen Dimensionen noch nicht abzusehen
37 sind. Den USA geht es um wirtschaftliche, militärische und politische
38 Interessen. Es geht um ihre weltweite Vormachtstellung, aber auch um die
39 Durchsetzung der antisozialen, neoliberalen Offensive in allen Teilen der
40 Welt.

41 Es ist ein imperialistischer Krieg, wie er auch gegen Jugoslawien und
42 Afghanistan geführt wurde. Er bringt unermessliches Leid über die
43 Bevölkerung des Irak und der ganzen Region und wird in seinen
44 wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen noch viel weitere Kreise
45 ziehen. Dieser Angriffskrieg bedeutet Massenmord an der Zivilbevölkerung,

46 Vertreibungen, Massenvergewaltigungen und schwere Zerstörungen am Hab
47 und Gut der Menschen. Er stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts und
48 einen Angriff auf die Vereinten Nationen dar: Die UNO soll sich in die US-
49 Dominanz fügen und die Ersetzung wesentlicher Grundlagen des
50 Völkerrechts durch die sogenannte "Pax Americana" hinnehmen - also die
51 Unterordnung unter die Supermacht USA. Das bringt die USA in Gegensatz
52 zu anderen großen Mächten wie China, Russland und andere Staaten und
53 verschärft die Differenzen im „innerimperialistischen“ Gefüge, besonders im
54 Verhältnis zur EU und in der EU.

55 Dieser Krieg steht in einer Reihe völkerrechtswidriger Aggressionen, und
56 doch kündigt er eine neue Periode imperialistischer Kriege an: Wie kaum
57 zuvor setzen sich die USA über die Einwände früherer Verbündeter hinweg.
58 Hierin dokumentieren sich wachsende Widersprüche innerhalb des
59 imperialistischen System ebenso, wie die Entschlossenheit der US-
60 Administration und der hinter ihr stehenden Großkonzerne, diese Differenzen
61 für sich zu entscheiden.

62 Es muss uns allen bewusst sein: Niemand kann heute ausschließen, dass es
63 im Kampf um Macht und Hegemonie und im Zuge ökonomischer
64 Verteilungskämpfe auch zu bewaffneten Konflikten zwischen den
65 imperialistischen Machtzentren kommen kann und dass solche Konflikte
66 Ausmaße erreichen können, die weit über all das hinausgehen, was seit
67 1945 geschehen ist. Spekulation ist nicht die Sache von KommunistInnen -
68 wir können und wollen aber auch nicht die Augen davor verschließen, was in
69 diesem System und seinen Zerstörungspotentialen angelegt ist!

70 Die ökonomische Rechnung für diesen Krieg werden die lohnabhängig
71 Beschäftigten und ohnehin sozial Benachteiligten in allen Ländern zu tragen
72 haben.

73 **2. Sozialabbau wird beschleunigt**

74 In der Wahrnehmung der Menschen gehen die Veränderungen in
75 atemberaubenden Tempo vor sich: Hierzulande hebt eine schwarz-blaue
76 Regierung erkämpfte sozialstaatliche Regelungen und soziale
77 Errungenschaften aus den Angeln, ebenso wie es in Deutschland eine rot-
78 grüne Regierung tut. In dieser Hinsicht macht es offensichtlich keinen
79 Unterschied mehr, wer gerade wo regiert. Ein ohnehin schon brüchig
80 gewordenes, Frauen besonders benachteiligendes System sozialer Sicherheit
81 soll nun systematisch demontiert werden.

82 Löhne und Gehälter werden gedrückt, Arbeitsverträge verschlechtert und
83 durch arbeits- wie sozialrechtlich ungeschützte Arbeitsverhältnisse und
84 Teilzeitarbeit ersetzt. Arbeitszeit wird flexibilisiert und jungen Menschen
85 werden verstärkt die Zugänge zu einer qualitätsvollen Bildung und
86 Ausbildung sowie zu Arbeitsplätzen verwehrt. Frauen werden wieder
87 vermehrt auf schlecht bezahlte Arbeitsplätze oder verstärkt in den Bereich
88 unbezahlter, aber gesellschaftlich notwendiger Arbeiten abgedrängt. Dieser
89 Prozess verstärkt Abhängigkeitsverhältnisse und geht einher mit
90 reaktionärsten Vorurteilen und Vorstellungen über die gesellschaftliche Rolle
91 der Frau, wie sie auch in der herrschenden Politik zum Ausdruck kommen.

92 Arbeitslosigkeit ist zur Massenerscheinung geworden und die Lage der
93 Menschen, denen Erwerbsmöglichkeiten vorenthalten werden, verschlechtert

94 sich mit jeder weiteren unsozialen Maßnahme. Dabei sind es neben den
95 jungen Menschen auch immer mehr ältere, die keinen Zugang zum
96 Arbeitsmarkt mehr finden und denen trotz langjähriger Versicherungszeiten
97 nach einem oft harten und gesundheitsschädigenden Arbeitsleben ein
98 Pensionsantritt verwehrt wird.

99 Am Härtesten werden vom Sozialabbau jene getroffen, die schon bisher
100 benachteiligt und ausgegrenzt wurden: Frauen mit niedrigen Einkommen,
101 sozial Ausgegrenzte, Menschen mit Behinderungen und nicht zuletzt all jene,
102 die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder sich überhaupt als
103 "Illegalisierte" unter den schlimmsten Bedingungen durchschlagen müssen.

104 **3. Privatisierung und Kommerzialisierung aller** 105 **Lebensbereiche**

106 Die Grundversorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen wird
107 kommerzialisiert und privatisiert - das öffentliche Eigentum wird ausverkauft.
108 Egal, ob es sich nun um kommunales Eigentum oder Krankenhäuser und
109 Pflegeeinrichtungen, um Kinderbetreuungseinrichtungen, um Wohnungen, um
110 Schulen und Universitäten, um Infrastrukturbetriebe wie Bahn und Post, um
111 Energiebetriebe oder die Wasserversorgung, um die Telekommunikation oder
112 um staatliche Anteile an Schlüsselindustrien handelt - alles wird
113 "liberalisiert".

114 Das bedeutet nichts anderes, als dass diese Bereiche für die private
115 Kapitalverwertung und fürs Profitemachen "frei" gegeben werden. Also auch
116 Bereiche wie die Gesundheitsversorgung und die Bildung stehen zur
117 Disposition, wobei hier die inhumanen Dimensionen umso deutlicher
118 ausgeprägt sind, zumal sie völlig zu Waren werden und der Zugang zu den
119 Leistungen immer mehr davon abhängt, wie kaufkräftig die KäuferInnen sind.
120 Wer es sich nicht leisten kann, wird abgedrängt und ausgegrenzt. Auch hier
121 wirken sich die über ein Drittel niedrigeren Einkommen von Frauen umso
122 schlimmer aus.

123 Neben nach wie vor bestehender Gängelung durch die herrschend Politik
124 verstärkt die Kommerzialisierung den Konformitätsdruck auf Kunst- und
125 Kulturschaffende. Indem geschäftliche Verwertbarkeit der Maßstab der
126 Kunstproduktion wird, erhöht sich der soziale Druck auf die Mehrheit der
127 KünstlerInnen und werden neue und experimentelle Kunstformen zugunsten
128 der "Events" und der Traditionspflege an den Rand gedrängt.

129 Die Durchsetzung dieser "Liberalisierung" und Privatisierungsschritte wird
130 über die nationale Politik ebenso betrieben wie über die Politik der
131 Europäischen Union und über die Welthandelsorganisation WTO in Form des
132 GATS-Abkommens. In so genannten "Entwicklungsländern" und Ländern mit
133 hohen Schulden üben die Weltbank und der Internationalen Währungsfonds
134 massiven Druck aus.

135 **4. Klassengegensätze verschärfen sich**

136 Die Folgen des Sozialabbaues und der Privatisierung sind weitreichend:
137 Einmal mehr vertieft sich die Spaltung der Gesellschaft: In jene, die von der
138 Ausbeutung der Arbeitskraft anderer leben und jene, die von ihrem Verkauf
139 leben müssen; in SystemgewinnerInnen und SystemverliererInnen, in Reich

140 und Arm, in Privilegierte und Benachteiligte, in Herrschende und Beherrschte.

141 Einmal mehr wird aber auch klar, wo die Klassenspaltungen in der
142 Gesellschaft verlaufen. Die politischen Maßnahmen, mit denen wir es heute
143 zu tun haben, sind fast ausschließlich auf die Interessen und Bedürfnisse des
144 Kapitals ausgerichtet. Es ist "Klassenkampf von oben", der mit diesen
145 Maßnahmen betrieben wird. Wie weit sich aber Kapitalinteressen
146 durchsetzen lassen, hängt wesentlich davon ab, wie stark die Gegenkräfte
147 sind.

148 Die ArbeiterInnenklasse ist heute vielgestaltig und weit zu fassen: Es sind die
149 vom Verkauf der Arbeitskraft abhängenden Menschen, die keine
150 Verfügungsgewalt über die wichtigsten Produktionsmittel der Gesellschaft
151 und über die Ergebnisse ihrer Arbeit haben. Das ist die überwiegende
152 Mehrheit der Frauen und Männer. Es wird also viel davon abhängen, wie weit
153 sie sich politisch formiert und mit anderen sozialen Kräften der Gesellschaft
154 die entsprechende, kämpferische Antwort auf die Herausforderungen findet.

155 **5. Rechtsentwicklung und Scheitern des Reformismus**

156 Angesichts dieser Entwicklungen prägen Verunsicherung, Ohnmachtsgefühle
157 und wachsende Existenzängste immer stärker das Bild der Gesellschaft -
158 aber auch Proteste, Widerstände und Kampfmaßnahmen in Betrieben, worauf
159 die KPÖ in ihrer Politik Bezug nimmt.

160 In Österreich, aber auch im internationalen Maßstab haben
161 rechtspopulistische und rechtsradikale Tendenzen in den letzten Jahren
162 stärker Fuß gefasst und Einfluss auf die "offizielle" Politik genommen. Sie
163 segeln gewissermaßen im Wind neoliberaler Politik, die im Kern auf
164 unsoziale, undemokratische und ausgrenzende Maßnahmen ausgerichtet ist.
165 Sie ist im Kern "sozialdarwinistisch" - also durch Entsolidarisierung, durch
166 das Recht des Stärkeren und durch das Ausleseprinzip geprägt.

167 Kampagnen gegen Minderheiten, gegen MigrantInnen, gegen fortschrittliche
168 Kulturschaffende und KünstlerInnen standen und stehen auf der
169 Tagesordnung. Soziale Errungenschaften werden unter dem Vorwand von
170 "Sozialmissbrauch" diffamiert. Die Militarisierung der Gesellschaft verstärkt
171 die Gewalt gegen Frauen. Und auch die Vermittlung eines zutiefst
172 reaktionären und sexistischen Rollenbildes der Frau gehört zu den Methoden
173 dieser rechtsextremistischen Kräfte. Ihre Bestrebungen finden zunehmend
174 Eingang in die Politik und drücken sich auch in Regierungsbeteiligungen aus -
175 nicht nur in Österreich und in Europa: Der politische Führungsklüngel in den
176 USA stellt ebenfalls nichts anderes dar, als eine Ansammlung reaktionärster
177 und rechtsextremer Kräfte.

178 Der Aufstieg der FPÖ, und ihre neuerliche Regierungsbeteiligung trotz
179 Wahlniederlagen machen deutlich, wie weit der Einfluss dieser Tendenzen
180 gediehen ist und wie weit andere politische Kräfte wie die ÖVP ihre
181 Positionen übernehmen, wenn mit ihnen neoliberale Politik durchgesetzt
182 werden kann. Daraus ergibt sich auch für die demokratischen
183 Errungenschaften höchste Gefahr, wie schon das bisherige Agieren der ÖVP-
184 FPÖ-Regierungen zeigt: Sie entmündigen Selbstverwaltungen, wie im Bereich
185 der Sozialversicherung; sie leisten dem Rassismus durch Verschärfung der
186 "Fremdengesetze" Vorschub; sie greifen Gewerkschaften und
187 Arbeiterkammern an und beschneiden sie in ihren Rechten; sie räumen Polizei

188 und Justiz Sonderrechte ein und bauen den Überwachungsstaat aus; sie
189 bringen Medien wie den ORF auf Linie und stärken ihre eigenen
190 Durchgriffsrechte in allen Bereichen.

191 Sozialdemokratie und Grüne haben sich ihrerseits mit den Grundtendenzen
192 der heutigen Kapitalismusedwicklung - und damit mit dem System an sich -
193 abgefunden. Statt ernsthafte Alternativen zu entwickeln, passen sie sich an.
194 Ihre Vorstellungen unterscheiden sich zwar nur graduell von denen der ÖVP -
195 wie sich in den letzten Regierungsverhandlungen zeigte, sind ihre Führungen
196 zu weitgehenden Zugeständnissen bereit.

197 Der Reformismus - also der Versuch, das kapitalistische System mit
198 Reformen auszubessern, ohne es selbst in Frage zu stellen - wird angesichts
199 der realen Entwicklung immer mehr zur Farce. Mehr noch: Durch die
200 Beteiligung reformistischer Parteien an unsozialen Maßnahmen wird der
201 Begriff der Reform in sein Gegenteil verkehrt: in Zerstörung sozialer
202 Errungenschaften! Zwischen Reformanspruch und tatsächlicher Politik dieser
203 Kräfte klafft eine immer größer werdende Kluft. Wirkliche soziale
204 Reformpolitik stößt heute deutlicher denn je an die Grenzen des
205 kapitalistischen Systems. Sozialdemokratie und auch Grüne haben ein
206 Glaubwürdigkeitsproblem: Wer die neoliberal geprägte Profitwirtschaft im
207 Großen und Ganzen akzeptiert, kann sich bestenfalls als Flickschuster am
208 Stiefel des Kapitalismus betätigen, kann aber nicht beanspruchen, eine ernst
209 zu nehmende gesellschaftspolitische Alternative zu sein.

210 **6. Der Charakter unserer Partei**

211 Die KPÖ kann und will diese Entwicklungen und gesellschaftlichen Zustände
212 nicht unwidersprochen hinnehmen und stellt sich entschieden dagegen. Sie
213 organisiert und leistet Widerstand. Die Existenz einer kommunistischen Partei
214 begründet sich aber letztlich im Anspruch, für die revolutionäre Veränderung
215 der Gesellschaft zu kämpfen - ein Anspruch, der sich nicht isoliert von den
216 tatsächlichen gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfteverhältnissen, von
217 den Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen einlösen läßt.

218 Die KPÖ ist parteiisch, wenn es um die Interessen der Lohnabhängigen und
219 der sozial Benachteiligten, der Diskriminierten und Ausgegrenzten geht. Sie
220 versteht sich als Partei der ArbeiterInnenklasse. Sie übt aktive Solidarität mit
221 jenen, die dieser am dringendsten bedürfen, weil sie sich nicht selbst
222 artikulieren können. Die KPÖ macht nicht nur Politik im herkömmlichen Sinn,
223 sie praktiziert Humanismus der Tat.

224 Die KPÖ ist eine kämpferische, solidarische, antipatriarchale und
225 internationalistische Gemeinschaft von Menschen, für die der Kapitalismus
226 nicht das Ende der Geschichte bedeutet, und die deshalb für eine radikal-
227 demokratische, sozialistische und letztlich kommunistische
228 Gesellschaftsperspektive kämpft. Sie geht dabei von den heutigen
229 Bedingungen aus und leistet ihren eigenständigen politischen Beitrag - ohne
230 ihre eigene Identität zu verleugnen oder Führungsansprüche zu stellen und
231 Bewegungen nach ihren Vorstellungen modeln oder vereinnahmen zu wollen.

232 **7. Was ist unser großes Ziel?**

233 Im Namen KPÖ ist unser gesellschaftspolitischer Anspruch enthalten - und

234 wir haben diesen Namen ohne Rücksicht auf politische Konjunkturen
235 beibehalten. Wofür steht aber das "K" - was ist Kommunismus in einem
236 zeitgemäßen und nicht "zeitgeistigen" Verständnis? Kommunismus nennen
237 wir das Ziel einer von Klassenherrschaft und Patriarchat befreiten
238 Gesellschaft. Die kommunistische Bewegung ist eine Bewegung für die
239 Selbstbefreiung der Menschen aus allen Verhältnissen, in denen sie
240 "erniedrigte, geknechtete, verlassene und verächtliche Wesen" (K. Marx)
241 sind. Kommunistische Politik orientiert sich folglich an den Werten der
242 Gleichberechtigung, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie, der
243 Verantwortung für die Umwelt und der Solidarität.

244 Das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft mag in der heute von Ausbeutung,
245 Sexismus, Rassismus, Nationalismus, Krieg und ökologischer Zerstörung
246 gekennzeichneten Welt utopisch klingen, für uns gibt es aber keine
247 Alternative dazu. Für uns ist die Überwindung des Kapitalismus ein
248 tatsächliches - langfristig zu erreichendes - Ziel, wobei wir für die Phase des
249 Überganges zum Kommunismus den Begriff Sozialismus verwenden.

250
251 Sozialismus - besser: die Sozialismen - im 21. Jahrhundert werden offene
252 und variantenreiche Projekte sein. Ihre universelle Bedeutung besteht darin,
253 ein menschenwürdiges Leben aller Menschen sicherzustellen, die
254 Gleichberechtigung der Geschlechter herzustellen und die Versöhnung der
255 Menschheit mit der Natur und damit die Aufhebung aller Formen der
256 Entfremdung einzuleiten. Dann wird auch der Kommunismus als klassenlose,
257 ausbeutungs- und herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung begründete
258 Zivilgesellschaft konkrete Perspektive.

259 Die sozialistische Gesellschaftsformation setzt die Überwindung der
260 kapitalistischen und patriarchalen Eigentums- und Machtverhältnisse voraus.
261 Neue, sozialistische Eigentums- und Machtverhältnisse anstelle der alten,
262 kapitalistischen Verhältnisse haben aber nicht nur wirtschaftliche und soziale
263 Bedeutung - sie haben auch die Demokratisierung aller Lebensbereiche zum
264 Inhalt. Die politische Entmachtung des Kapitals und Vergesellschaftung der
265 entscheidenden Produktionsmittel beseitigt in der Phase des Sozialismus
266 freilich nicht alle Widersprüche in der Gesellschaft, schafft aber die
267 Bedingungen für eine tatsächliche Demokratisierung: Das kommunistische
268 Verständnis von Demokratie geht weit über die von den heutigen bürgerlich-
269 kapitalistischen Verhältnissen gesetzten Grenzen hinaus - es bedeutet echte
270 Mit- und Selbstbestimmung im Sinne partizipativer Demokratie, also der
271 vollen Teilhabe aller an der Gesellschaft.

272
273 Für uns gilt also der Grundsatz, dass Sozialismus und Demokratie eine
274 untrennbare Einheit bilden müssen, wie das auch im Kommunistischen
275 Manifest grundgelegt ist.

276 Eine sozialistische Transformation der Gesellschaft wird sich über die
277 demokratische Lösung sozialer, ökonomischer, politischer, kultureller,
278 geschlechtsspezifischer und nationaler Widersprüche entwickeln. Das ist der
279 Inhalt sozialistischer Rechtsstaatlichkeit. Im Sozialismus werden
280 unterschiedliche politische und weltanschauliche Kräfte in Kooperation und
281 demokratischer Konkurrenz wirken. Daher wird es auch im Sozialismus nicht
282 nur eine Partei und eine Bewegung geben. Ihr Einfluss und ihre Bedeutung -
283 und auch die der KommunistInnen - kann nicht ein für alle mal verordnet
284 werden, sondern wird von ihrer jeweiligen Überzeugungskraft im
285 demokratischen Wettstreit abhängen.

286 **8. Marxistisches Politikverständnis**

287 Sozialistisch-kommunistische Ziele und Perspektiven sind keine
288 Glaubensfragen und können daher auch nicht in Glaubenssätzen - in Dogmen
289 - abgehandelt werden. Die KPÖ stützt sich in ihren Analysen und in der
290 Entwicklung politischer Alternativen auf den Marxismus, der sich als
291 kritische Wissenschaft entwickelt. Es wäre fatal, wollte man den Anspruch
292 der Wissenschaftlichkeit unter den Glassturz politischer Vorgaben stellen.
293 Vielmehr kommt es darauf an, den Marxismus auf die Entwicklung
294 revolutionärer Politik und Praxis anzuwenden. Wir müssen auch jene
295 marxistischen TheoretikerInnen kritisch auswerten, die von politischen
296 Führungen der Parteien früher weitgehend unbeachtet an den Rand gestellt
297 oder gar ausgegrenzt wurden, weil sie von der "politischen Linie der Partei
298 abgewichen" sind.

299 Zu dieser Öffnung gehört auch die Auseinandersetzung mit dem Feminismus
300 oder der politischen Ökologie. Diese Theorien entspringen ja nicht dem
301 "Erfindungsgeist" einzelner, sondern dem Vorhandensein tiefgreifender
302 Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, vor denen eine marxistische
303 Partei die Augen nicht verschließen kann und darf.

304 Die KPÖ versteht sich also als eine Partei der unterschiedlichen Zugänge und
305 der "inhaltlichen Vielfalt". Inhaltliche Vielfalt hat freilich nichts mit politisch-
306 ideologischer Beliebigkeit zu tun.

307 **9. Kommunistische Bewegung und Geschichte**

308 Die kommunistische Bewegung hat wie keine andere das 20. Jahrhundert
309 geprägt. Die sozialistische Oktoberrevolution hat ein neues Zeitalter
310 eingeleitet. Der entscheidende Beitrag der Sowjetunion und von Millionen
311 Menschen verschiedenster Nationalitäten zur Zerschlagung des Faschismus
312 in Europa bleibt eine große historische Leistung. Wir KommunistInnen sind
313 stolz auf die Beiträge, die unsere Bewegung zur Bewahrung des Friedens und
314 im Kampf gegen den Kolonialismus und Faschismus beigetragen haben.
315 KommunistInnen haben weltweit in zahllosen Kämpfen mitgewirkt, wenn es
316 um sozialen Fortschritt und die Überwindung von Ausbeutung und
317 Unterdrückung ging. KommunistInnen leisteten und leisten auch hier in
318 Österreich Großartiges in den unmittelbaren Lebensumfeldern der Gemeinden
319 und Betriebe, in Gewerkschaften und Bewegungen.

320 Wir haben aber aus der Geschichte unserer Bewegung auch bittere Lehren
321 ziehen müssen. Dazu gehören: Die Geschichte des Stalinismus, seines
322 Despotismus und seiner Verbrechen, denen viele KommunistInnen - darunter
323 auch österreichische - zum Opfer gefallen sind, die Herausbildung
324 bürokratischer Eliten und Demokratiedefizite, das Fortbestehen patriarchaler
325 Strukturen im Sozialismus, die Dogmatisierung wie Deformierungen im
326 Bereich der Theorie und schließlich der Zusammenbruch des sozialistischen
327 Systems in der Sowjetunion und im Osten Europas. Das alles hat uns
328 verdeutlicht: Es bedarf einer grundlegenden Erneuerung unserer Theorie und
329 unseres Politikverständnisses, um auf marxistischer Basis eine
330 anstrebenswerte sozialistische Gesellschaftsperspektive vertreten zu können.
331 Daher kann der ehemalige "reale Sozialismus" nicht als Modell eines
332 künftigen Sozialismus gelten.

333 **10. Wege der Veränderung**

334 In der Suche nach Wegen zur Veränderung gehen KommunistInnen von der
335 gesellschaftlichen Realität und den Grundtendenzen des heutigen
336 Kapitalismus aus. Die als "Neoliberalismus" gekennzeichnete Grundtendenz
337 zur Beseitigung der sozialen Rechte, zur Deregulierung, zum Rückzug des
338 Staates aus der sozialen Verantwortung und Privatisierung des öffentlichen
339 Eigentums ist keine spezifisch österreichische Erscheinung. Wir erleben
340 weltweit das brutale Durchsetzen von Kapitalinteressen gegen die Interessen
341 und Bedürfnisse der Masse der Menschen.

342 Einen "menschlichen" Kapitalismus hat es zu keiner Zeit gegeben - was etwa
343 in hochentwickelten kapitalistischen Staaten an tatsächlichen Fortschritten
344 erreicht wurde, wurde erkämpft. Speziell in Österreich gab es besondere
345 Bedingungen, die heute nicht mehr gegeben sind: Die Konkurrenz mit dem
346 sozialistischen System, die Neutralität, starke öffentliche
347 Wirtschaftssektoren, die politischen Kräfteverhältnisse nach dem zweiten
348 Weltkrieg, starke Gewerkschaftsbewegungen, der Wiederaufbau. Das Kapital
349 musste Zugeständnisse machen - Zugeständnisse, die heute
350 zurückgenommen werden.

351 Es erweist sich: Sozialabbau und Krieg sind zwei Seiten derselben Medaille:
352 eines sich entfesselnden kapitalistischen Systems, das den Maximalprofit
353 über alle menschlichen Bedürfnisse stellt und in seiner imperialistischen
354 Durchsetzung kein Gewaltmittel scheut und kein Menschenleben schont. Die
355 Politik verkommt zunehmend zum Vollzugsorgan dieses Systems und verengt
356 in atemberaubendem Tempo die Spielräume für Politikgestaltung, für soziale
357 Reformen und demokratische Mitbestimmung.

358 Die KommunistInnen sehen diese Entwicklung ohne Illusionen und gehen
359 davon aus, dass die Bedürfnisse der Menschen nach sozialer Sicherheit und
360 friedlichen Verhältnissen nicht zu befriedigen sind, wenn nicht dieses System
361 als Ganzes in Frage gestellt und letztlich überwunden wird. Das ist auch der
362 Grund, warum die KPÖ ihren Kampf gegen Missstände und für soziale
363 Reformen sowie ihren Kampf um Frieden mit dem Kampf gegen das
364 kapitalistische Klassensystem, gegen den Kapitalismus als Ganzes verknüpft.

365 Das ist letztlich die politische Identität von KommunistInnen: Der KPÖ geht
366 es in ihrer Politik um eine andere Menschheitsperspektive. Es geht letztlich
367 um bedürfnisorientiertes Wirtschaften auf Basis des gesellschaftlichen
368 Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln anstelle der
369 mörderischen Jagd nach Profiten, anstelle von Ausbeutung und
370 Ausplünderung. Und es geht uns um dauerhaften Frieden und echter
371 Demokratisierung aller Lebensbereiche anstelle von imperialistischen
372 Raubkriegen, Unterdrückung und Demokratieabbau.

373 Es geht uns um revolutionäre Veränderung und eine grundlegend andere
374 Qualität des Lebens. Es geht uns um Sozialismus anstelle der
375 Kapitalherrschaft. Und es geht uns letztlich um Kommunismus, eine
376 klassenlose Gesellschaft, in der - wie es im Kommunistischen Manifest heißt,
377 "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung
378 aller ist". Das mögen - gemessen an den politischen Kräfteverhältnissen in
379 der heutigen Gesellschaft - "große Worte" sein. Was ist aber die Alternative
380 dazu?

381 **11. Nächstes Ziel: Kampf für einen progressiven Sozialstaat**

382 Der Sozialstaat als Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe der
383 ArbeiterInnenbewegung, hat nicht nur eine wichtige Schutzfunktion für sozial
384 Schwächere, sondern bedeutet auch einen wichtigen zivilisatorischen
385 Fortschritt überhaupt.

386 Der Kampf um den Erhalt und den Ausbau des öffentlichen Eigentums, um
387 Demokratisierung, die Verbesserung statt dem Ausverkauf öffentlicher
388 Dienstleistungen und eine progressive Erneuerung des Sozialstaats insgesamt
389 ist eine vorrangige Aufgabe im Kampf gegen die neoliberale, kapitalistische
390 Form der Globalisierung. Dies verlangt, dass menschliche Bedürfnisse
391 Vorrang gegenüber der Rentabilität des Kapitals haben, dass die Hegemonie
392 demokratischer und emanzipatorischer Werte durchgesetzt wird.

393 Der Kampf um einen progressiven Sozialstaat - wie ihn die KPÖ anstrebt - ist
394 mit dem international zu koordinierenden Kampf um die Zurückdrängung der
395 Macht der großen Konzerne verbunden. Verknüpft ist er auch mit dem
396 sozialen und ökologischen Umbau der gesamten Produktions- und
397 Lebensweise, mit der Umverteilung der Einkommen und Vermögen von oben
398 nach unten, einschließlich der Herstellung von Einkommensgleichheit
399 zwischen den Geschlechtern.

400 Der progressive Sozialstaat verlangt neue Leitbilder von Arbeit und
401 Verteilung der geschaffenen Werte und einen neuen Typ von
402 Vollbeschäftigung.

403 Gegen die massen- und dauerhafte "Freisetzung" von Arbeitskräften sind
404 eine radikale Verkürzung der Wochen- und Jahresarbeitszeit bei vollem
405 Einkommensausgleich und eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit, sowie eine
406 Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit und Neueinstellungen
407 auch in einem öffentlichen Beschäftigungssektor notwendig. Progressiver
408 Sozialstaat heißt auch, dass lebenswichtige Strukturen der Gesellschaft wie
409 Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Verkehr der Diktatur des
410 kapitalistischen Marktes entzogen werden müssen.

411 **12. Risiken und Chancen**

412 Wir erleben heute eine Revolution der Produktivkräfte. Der Einsatz neuer
413 Technologien und die Globalisierung nehmen unter der Herrschaft des
414 neoliberal geprägten Kapitalismus einen katastrophal zerstörerischen
415 Charakter an. Viele Menschen erkennen, dass eine andere als die
416 kapitalistisch geprägte Welt notwendig ist. Die neuen Produktivkräfte
417 erzeugen - so widersprüchlich das klingen mag - gleichzeitig
418 Voraussetzungen für eine neue, höhere Stufe der menschlichen Zivilisation.
419 Diese revolutionäre Dialektik der Epoche ist es, die in der Losung der
420 globalisierungskritischen Bewegung: "Eine andere Welt ist möglich"
421 ausgedrückt wird.

422 Der Kampf um eine "andere Welt" vollzieht sich weder nach einem
423 einheitlichen Plan noch wird er von einer einzigen politisch-ideologischen
424 Kraft gesteuert. Die politische und weltanschauliche Pluralität der sozialen
425 Kräfte anzuerkennen, die sich heute dem Neoliberalismus entgegenstellen, ist
426 Voraussetzung für eine realistische Sicht auf die in der Welt stattfindenden

427 sozialen Kämpfe und die neuen Formen internationaler Solidarität.

428 Widerstand gegen die Herrschaft des Kapitals entsteht aus der verschärften
429 ökonomischen Ausbeutung, aber auch aus anderen Formen der den
430 Menschen und der Natur auferlegten Ausbeutung und Unterdrückung. Sie
431 reicht weit über die unmittelbare Konfrontation von Kapital und Arbeit in den
432 Betrieben hinaus.

433 Wir bekämpfen alle Unterdrückungsverhältnisse auf den Gebieten der
434 Ökonomie, der Politik, des Sozialen und der Kultur. Wir leisten Widerstand
435 gegen ethnische Diskriminierung und kämpfen um die grundlegende
436 Veränderung der Verhältnisse zwischen Männern und Frauen.

437 **13. Eigentum und Demokratie**

438 Das Ziel kommunistischer Politik ist, eine von Klassenherrschaft und
439 Patriarchat befreite Demokratie im Sinne des freien Zusammenlebens
440 Gleichberechtigter zu schaffen.

441 Die Macht des Kapitals, die gesellschaftliche Entwicklung seinen Gesetzen
442 zu unterwerfen, beruht auf dem kapitalistischen Eigentum. KommunistInnen
443 treten daher für die Überwindung des kapitalistischen Eigentums, für eine
444 qualitative Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse - vor allem der großen
445 Banken, Versicherungen und Konzerne - ein, so dass sie gesellschaftlicher,
446 demokratischer Kontrolle unterliegen. Es geht also um Vergesellschaftung
447 des kapitalistischen Eigentums. Diese gesellschaftlichen Formen des
448 Eigentums bilden die wirtschaftliche Grundlage des Sozialismus.

449 Sozialistische Eigentumsverhältnisse setzen die Möglichkeit zur
450 demokratischen Mitgestaltung - zur "partizipative Demokratie" - der
451 Menschen an Entscheidungen über ihre Arbeit voraus. Gerade aus der
452 Perspektive der Arbeitswelt erweist sich, dass Demokratie sowohl ein Mittel
453 als auch den Zweck der Emanzipation darstellt.

454 Moderne Kommunikationstechnologien eröffnen neue Möglichkeiten für
455 zukünftige demokratische Formen der Dezentralisierung und der
456 Koordination. Unter bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen wird reale
457 Demokratie stets durch die Interessen der herrschenden Eliten eingeschränkt.
458 Auch die parlamentarische Demokratie ist Herrschaftsform der besitzenden
459 Minderheit. Deshalb waren und sind die sozialen und politischen Kämpfe der
460 "unteren Klassen" der Gesellschaft, die sich der Herrschaft der oberen
461 entgegenstellen, auch die wahren Motoren demokratischer Entwicklungen
462 und letztlich einer grundlegenden, revolutionären Veränderung der
463 Gesellschaft.

464 **14. Gegenmacht - lokal und global !**

465 So, wie sich die Kapitalherrschaft weltweit etabliert hat und weltweit die
466 Bedingungen für die gnadenlose Jagd nach Profiten durchsetzt und diktiert,
467 hat Widerstand und Gegenmachtbildung eine Chance: wenn sich die lokalen
468 und regionalen Kämpfe und Bewegungen vernetzen und wenn sie sich
469 letztlich nicht nur gegen die Symptome der Kapitalherrschaft sondern gegen
470 diese selbst richten. Das ist der Inhalt heutiger Klassenkämpfe.

471 Gegenmachtbildung unter den Bedingungen kapitalistischer Globalisierung
472 erfordert Vernetzung und gemeinsame Aktionen kapitalismuskritischer und
473 antikapitalistischer Kräfte. Ob LandarbeiterInnen oder landlose Bauern, ob
474 radikale Ökologiebewegungen oder Feministinnen, ob
475 Transportarbeitergewerkschaften oder Friedensgruppen, ob
476 kommunalpolitische Initiativen, Bürgerrechtsbewegungen und fortschrittliche
477 konfessionelle Bewegungen und Gruppen - ob die ArbeiterInnenbewegung in
478 den Industriezentren oder progressive politische Parteien - sie alle kommen
479 unter die Räder des sich entfesselnden kapitalistischen Systems, wenn sie
480 isoliert einem übermächtigen Gegner gegenüberstehen.

481 Gegenmachtbildung - lokal wie global - wird aber nur dann möglich sein,
482 wenn sie sich verbünden. Dabei ist klar: International und global wirkende
483 Bündnisse und Bewegungen sind nur so stark, wie ihre Teile in ihren
484 jeweiligen Lebensumfeldern sind und wie stark sie sich in der Bevölkerung
485 verankern können.

486 Die KPÖ versteht sich also als aktiver und engagierter Teil einer sich global
487 formierenden Bewegung und unterstützt die global, kontinental, national und
488 lokal entstehenden Sozialforen, ohne deren Autonomie und die Identität als
489 kommunistische Partei in Frage zu stellen und ohne zu vergessen, was ihr
490 eigener, klassen- und frauenspezifischer Beitrag im täglichen
491 Interessenskampf in ihrem Wirkungsumfeld, den Gemeinden und Betrieben,
492 in den Ländern und im Bund, in den Bündnissen und Initiativen ist. Genau die
493 Erfahrungen aus diesen politischen Handlungsebenen und aus unserer
494 politischen Praxis sind es, die wir als wertvollen Beitrag einbringen und somit
495 der Gesamtbewegung nützen können. Es geht um Bewegung in der
496 Bewegung.

497 **15. Gewerkschaften müssen sich entscheiden**

498 Die Gewerkschaften stehen vor der Entscheidung zwischen
499 "sozialpartnerschaftlicher" Nostalgie und kämpferischer Neuorientierung.
500 Diese fällt ihnen nicht leicht. In den Jahrzehnten der "Sozialpartnerschaft"
501 haben sie sich von Schutz- und Kampforganisationen zu "Ordnungsfaktoren"
502 des kapitalistischen Systems gewandelt. Führungspersönlichkeiten der
503 Gewerkschaftsbewegung wurden zu Teilen der Systemeliten, und die Politik
504 der Gewerkschaften richtete sich zunehmend auf ein "gesellschaftliches
505 Gesamtinteresse" im Rahmen des Kapitalismus, als würden in dieser
506 Gesellschaft keine Klassengegensätze bestehen.

507
508 Jetzt, da der Neoliberalismus das politische Umfeld zu Ungunsten der
509 Gewerkschaften gravierend verändert hat, treten diese Widersprüche
510 verstärkt zu Tage.

511 Gesetzmäßige Folge der "sozialpartnerschaftlichen" Einbindung der
512 Gewerkschaften war ihre Entdemokratisierung. Die wichtigste
513 Voraussetzung dafür, den Lähmungszustand der Gewerkschaften zu
514 überwinden und aktionsfähig zu werden, bildet eine radikale
515 Demokratisierung.

516 Die Mitglieder müssen in alle wesentlichen Entscheidungen eingebunden
517 werden, und zwar unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die heutige
518 ArbeiterInnenklasse multietnisch und multikulturell zusammengesetzt ist,
519 zur Hälfte aus Frauen besteht, und dass auch Beschäftigungslose und
520 Menschen in ungeschützten und atypischen Beschäftigungsverhältnissen ein

521 Teil der Klasse sind.

522 Neben der Demokratisierung geht es um die Öffnung gegenüber anderen
523 sozialen und demokratischen Bewegungen, insbesondere gegenüber der
524 Bewegung der GlobalisierungskritikerInnen. Nur wenn es zu einer Vernetzung
525 und zu einem Zusammenwirken der Gewerkschaften mit diesen sehr
526 unterschiedlichen und spezifischen Bewegungen kommt, können
527 Klassenanliegen in ihrer Vielfalt wirksam wahrgenommen werden.

528 Die Aufgabe von KommunistInnen und anderen linken, auf
529 Systemüberwindung orientierenden Kräften ist, beizutragen, dass Solidarität
530 und Zusammenhalt entstehen. Auch in den österreichischen Gewerkschaften
531 "schlummert" ein beträchtliches Potenzial für die "Veränderung der Welt".
532 Gelingt es, dieses zum Leben zu erwecken, eröffnen sich neue Perspektiven
533 auf diesem Weg.

534 **16. Internationalismus - ein Kern kommunistischer Politik**

535 Wer die heutige Gesellschaft verändern will, muss gleichermaßen lokal und
536 global denken und handeln. Sozialistisches Bewusstsein ist globales
537 Bewusstsein. Zwar bilden die Nationalstaaten weiterhin einen wesentlichen
538 Bezugsrahmen sozialer und politischer Kämpfe, um diese aber wirksam
539 führen zu können, beginnen die Klassenkräfte und sozialen Bewegungen, die
540 Gewerkschaften und die alternative, also auf Überwindung des
541 kapitalistischen Systems orientierte Linke sich international zu vernetzen. In
542 gemeinsamen Kämpfen entwickeln sich die Umrisslinien neuer solidarischer und
543 demokratischer Alternativen der Weltentwicklung.

544 Der Internationalismus beginnt im eigenen Land. Die Forderung: "gleiche
545 Rechte für alle in Österreich Lebenden" hat zentrale Bedeutung für den
546 Kampf um soziale Gerechtigkeit. Wir stellen der rassistischen Ausgrenzung
547 und Konkurrenz die Solidarität und den Internationalismus gegenüber. Die
548 KPÖ lehnt alle Formen der Zwangsintegration ab. Sie versteht unter
549 Integration den wechselseitigen Prozeß in dem kulturelle und sprachliche
550 Identitäten respektiert und entwickelt werden. Das setzt
551 Förderungsmaßnahmen auf allen Ebenen des Bildungssystems voraus sowie
552 den gleichen Zugang zu genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungen
553 und zu den Wahlrechten.

554 **17. Für ein anderes Europa**

555 Im Zentrum einer europapolitischen Alternative steht der Kampf um eine
556 demokratische und soziale Integration Europas anstelle von imperialistischer
557 Machtentfaltung der EU.

558 Österreich ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union und damit eines der
559 sich seit Jahrzehnten neu formierenden internationalen Macht- und
560 Entscheidungszentren. Die EU ist mit der OECD, der WTO, der Weltbank und
561 dem Internationalen Währungsfonds ein wesentlicher und gestaltender Teil
562 des globalisierten kapitalistischen Systems. Sie betreibt im Rahmen der
563 imperialistischen "Arbeitsteilung" die systematische und gewaltsame
564 Durchsetzung der "Neuen Weltordnung", wobei aber schwere Differenzen im
565 Zuge der imperialistischen Konkurrenz auftreten, wie die jüngsten
566 Entwicklungen zeigen, bei denen es um die Hierarchie der Mächte und vor

567 allem um die Vormachtstellung der USA geht.

568 Die KPÖ setzt auf eine Alternative zum kapitalistischen System und somit
569 auch auf eine Alternative zur EU des Kapitals und der Konzerne als
570 wesentlicher Teil dieses Systems. Diese Alternative kann nicht allein aus der
571 nationalstaatlichen Perspektive entwickelt werden. Bei der Entwicklung von
572 strategischer Überlegungen ist auch dem Umstand Rechnung zu tragen, dass
573 die Kapitalverflechtungen und die Standortpolitik der Konzerne dazu geführt
574 haben, dass auch der kapitalistische Nationalstaat immer weniger Einfluss
575 auf das Wirtschaftsgeschehen nehmen kann. Die größten Banken und
576 Konzerne entziehen sich nationalen Regelungen und Einflüssen und im
577 industriellen Bereich befinden sich bereits viele Technologiezentren außer
578 Landes.

579 Natürlich besteht die KPÖ im Sinne der Selbstbestimmungsrechte der
580 Bevölkerungen auf das Recht zum Austritt aus der EU und sieht darin auch
581 eine politische Option. Die Kritik der KPÖ an der EU ist antikapitalistischen,
582 antiimperialistischen und antipatriarchalen Inhalts und unterscheidet sich
583 daher grundsätzlich von den nationalistisch motivierten Kritiken und
584 Vorbehalten, die von politisch rechten Kräften kommen.

585 Die KPÖ tritt vorbehaltlos und aktiv für die Beibehaltung der österreichischen
586 Neutralität ein. Wir betrachten die Neutralität als zukunftsfähiges
587 internationalistisches Konzept, von dem ausgehend wir Widerstand gegen
588 eine Militarisierung Europas leisten.

589 Das Ringen um die demokratische und soziale Integration Europas und der
590 Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit kann und darf sich nicht auf das
591 unmittelbare Umfeld und auf den nationalen Rahmen beschränken. Es muss
592 länderübergreifend sein und alle Kräfte erfassen, die auf
593 Systemüberwindung, auf Demokratisierung und Gleichberechtigung, auf
594 soziale Gerechtigkeit und Frieden setzen. Die Gründung des Europäischen
595 Sozialforums in Florenz ist dabei ein Element von wesentlicher Bedeutung.
596 Dies zeigt sich nicht zuletzt an den von ihm ausgehenden großen Anti -
597 Kriegs - Demonstrationen, an denen Millionen Menschen teilgenommen
598 haben.

599 **18. Gemeinsam mit der KPÖ für Veränderung kämpfen!**

600 Die KPÖ verbindet ihre Aktivitäten und ihre Politik an der Basis und in den
601 Bewegungen mit ihren gesellschaftspolitischen Orientierungen und Zielen:
602 Sie betreibt in Gemeinden und Betrieben, in Gewerkschaften und
603 Arbeiterkammern, aber auch in Initiativen und Bewegungen konkrete
604 Tagespolitik, die sich an den unmittelbaren und konkreten Lebensinteressen
605 der Menschen orientiert. Diese Politik beinhaltet tagespolitische Forderungen
606 ebenso wie konkrete Hilfestellungen.

607 Mit anderen Worten: die KPÖ steht in ihrer politischen Praxis für die
608 Übereinstimmung von Wort und Tat. Sie ist eine Partei des täglichen Lebens
609 und eine Partei der gesellschaftlichen Veränderung. Sie kämpft hier und
610 heute dafür, dass sich künftigen Generationen andere, menschenwürdige
611 Perspektiven auftun - und wer gemeinsam mit uns kämpfen will, ist
612 eingeladen, es zu tun!